



N I E D E R S C H R I F T

Gremium: Gemeinde Karlsfeld
Gemeinderat Nr. 8

Sitzung am: Donnerstag, 12. Dezember 2024

Sitzungsraum: Rathaus, Großer Sitzungssaal

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 20:05 Uhr

Anwesend/ siehe Anwesenheitsliste
Abwesend:

Status: Öffentliche Sitzung
Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 21.11.2024
2. Erlass einer Richtlinie für das Aufgraben öffentlicher Straßen, Wege, Plätze und Grünflächen in der Baulast der Gemeinde Karlsfeld- Beschlussfassung
3. Neuerlass der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Karlsfeld (Kostensatzung mit Kostenverzeichnis)
4. Bericht über die Beteiligungen der Gemeinde Karlsfeld an Unternehmen in Privatrechtsform gem. Art. 94 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Jahr 2023
5. § 2b Umsatzsteuergesetz:
weitere Verlängerung der optionalen Übergangsregelung für das alte Umsatzsteuerrecht um weitere zwei Jahre bis Ende 2026
6. Beschlussfassung über die 1. Änderung der Satzung zum Jugendrat der Gemeinde Karlsfeld (Jugendratssatzung - JRS)
7. Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung einer Sprechstunde für Abwasser- und Niederschlagsentwässerung und Möglichkeiten zur Gebäudeertüchtigung (analog der Sprechstunde Energieberatung)
8. Neuerlass der Satzung über die Herstellung von Stellplätzen und Garagen für Kraftfahrzeuge und deren Ablöse sowie über die Herstellung und Bereithaltung von Abstellplätzen für Fahrräder
Satzungsbeschluss
9. Bekanntgaben und Anfragen

Anwesende:

Name	Vertreter für
------	---------------

Herr Stefan Kolbe
Herr Christian Bieberle
Herr Marco Brandstetter
Frau Ingrid Brünich
Herr Anton Flügel
Herr Dr. Andreas Froschmayer
Frau Beate Full
Herr Michael Gold
Frau Cornelia Haberstumpf-Göres
Herr Stefan Handl
Herr Adrian Heim
Herr Hans Hirth
Frau Mechthild Hofner (ab 19:19 Uhr, TOP 7)
Herr Thomas Kirmse
Frau Alexandra Kolbinger
Herr Rüdiger Meyer
Frau Heike Miebach
Herr Peter Neumann
Herr Thomas Nuber
Herr Paul-Philipp Offenbeck
Frau Birgit Piroué
Frau Janine Rößler-Huras
Herr Christian Sedlmair
Herr Stefan Theil
Herr Franz Trinkl
Herr Andreas Wagner
Frau Ursula Weber

Entschuldigte:

Name

Herr Robin Drummer
Herr Michael Fritsch
Frau Elisa Grillo
Herr Bernd Wanka

Unentschuldigte:

Name

--

Verwaltung:

Herr Francesco Cataldo
Frau Simone Hotzan
Herr Günter Endres
Herr Alfred Giesinger
Herr Michael Froschmeier

Schriftführerin:

Frau Sandra Radtke

Fachreferenten:

Herr RA Reitberger
Frau Michaela Keller (Dachauer Kreissprecherin des Hebammenverbandes)

Presse:

Herr Gierlich (freier Journalist)

Der 1. Bürgermeister eröffnet die Sitzung, stellt sowohl die form- und fristgerechte Ladung als auch die Beschlussfähigkeit fest.

Gemeinderat
12. Dezember 2024
Nr. 56/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

**Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom
21.11.2024**

Sachverhalt:

Herr Heim weist auf einen Tippfehler unter „Bekanntgaben und Anfragen“ hin. Dort steht im Titel unter Punkt A „Kunstanbau“ – richtig heißt es: „Kunst am Bau“.

Beschluss:

Die Niederschrift der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 21.11.2024 wird mit o.g. Anpassung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	26
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0

Frau Hofner ist bei der Abstimmung noch nicht anwesend.

EAPL-Nr.: 0241.41

Gemeinderat
12. Dezember 2024
Nr. 57/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Erlass einer Richtlinie für das Aufgraben öffentlicher Straßen, Wege, Plätze und Grünflächen in der Baulast der Gemeinde Karlsfeld- Beschlussfassung

Sachverhalt:

Gemäß Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.11.2024 (Nr. 76/2024) wurde die Empfehlung an den Gemeinderat ausgesprochen die Richtlinie für das Aufgraben öffentlicher Straßen, Wege, Plätze und Grünflächen in der Baulast der Gemeinde Karlsfeld zu erlassen.

Um die Versorgung der Anlieger mit Strom, Trinkwasser, Abwasser, Telefon, Internet usw. zu sichern, sind Aufgrabungen häufig unumgänglich.

Jede Aufgrabung in öffentlichen Verkehrsflächen stellt eine dauerhafte Störung der baulichen Substanz dar, welches einen schnelleren Verschleiß der Straßen, Wege, und Plätze zur Folge hat.

Im Sinne der Qualitätssicherung und um Folgekosten für die Gemeinde zu vermeiden soll diese Richtlinie zum einen dazu dienen, die Abwicklung, technische Ausführung, Abnahme und Gewährleistung von Baumaßnahmen weiter zu verbessern und zum anderen einen verbindlichen Leitfaden vorgeben und Verfahrensabläufe regeln.

Diese Richtlinie wurde ausgearbeitet und ist dieser Beschlussvorlage beigelegt.

Das Kostenverzeichnis der Kostensatzung der Gemeinde Karlsfeld ist gesondert anzupassen, da die Kosten für Aufgrabungsgenehmigungen bisher nicht im Kostenverzeichnis enthalten sind.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Richtlinie für das Aufgraben öffentlicher Straßen, Wege, Plätze und Grünflächen in der Baulast der Gemeinde Karlsfeld zu erlassen.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	26
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0

Frau Hofner ist bei der Abstimmung noch nicht anwesend.

Gemeinderat
12. Dezember 2024
Nr. 58/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Neuerlass der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Karlsfeld (Kostensatzung mit Kostenverzeichnis)

Sachverhalt:

Aufgrund des Erlasses einer Aufgrabungsrichtlinie, in der eine Kostentragung für Aufgrabungsgenehmigungen geregelt wird, ist das Kommunale Kostenverzeichnis (KommKVz) zur Kostensatzung der Gemeinde Karlsfeld um die Tarifgruppe 64 (Nutzung öffentlicher Straßen und Wege) zu ergänzen.

Weiterhin wurde von der Bauverwaltung vorgeschlagen, für verschiedene Tätigkeiten Gebühren zu erheben, die bisher nicht kostenpflichtig waren.

Diese Ergänzungen erfolgen in Form eines Neuerlasses der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis, wobei das Kommunale Kostenverzeichnis, das Anlage zu dieser Satzung ist, um die Tarifgruppen 616 bis 619 sowie um die Tarifgruppe 64 ergänzt wird. Bei Tarifgruppe 610 ist ebenfalls eine Ergänzung notwendig.

Diese Ergänzungen sind im Kommunalen Kostenverzeichnis zur Verdeutlichung gelb hinterlegt.

Diese neue Kostensatzung soll am 01.01.2025 in Kraft treten.
Gleichzeitig soll die Kostensatzung vom 01.06.2010 außer Kraft treten.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die im Entwurf als Anlage beigefügte

„Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Karlsfeld (Kostensatzung mit Kostenverzeichnis)“.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	26
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0

Frau Hofner ist bei der Abstimmung noch nicht anwesend.

Gemeinderat
12. Dezember 2024
Nr. 59/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

**Bericht über die Beteiligungen der Gemeinde Karlsfeld an Unternehmen in
Privatrechtsform gem. Art. 94 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Jahr 2023**

Sachverhalt:

Nach Art. 94 Gemeindeordnung hat die Gemeinde Karlsfeld jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, wenn ihr mindestens 5 % der Anteile eines Unternehmens gehören.

Dieser Bericht ist dem Gemeinderat vorzulegen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Beteiligungsbericht für das Jahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	26
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0

Frau Hofner ist bei der Abstimmung noch nicht anwesend.

EAPL-Nr.: 9111.00

Gemeinderat
12. Dezember 2024
Nr. 60/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

§ 2b Umsatzsteuergesetz:
weitere Verlängerung der optionalen Übergangsregelung für das alte
Umsatzsteuerrecht um weitere zwei Jahre bis Ende 2026

Sachverhalt:

Im Jahressteuergesetz 2024 hat das Bundesfinanzministerium aufgrund weiterer ungeklärter alter und neuer Rechtsanwendungsfragen die Nichtanwendungsfrist für die Neuregelung der Unternehmereigenschaft der öffentlichen Hand (§ 2b UStG) um weitere zwei Jahre bis 31.12.2026 verlängert. Dieses Gesetz wurde am 18.10.2024 im Bundestag verabschiedet, der Bundesrat hat am 22.11.2024 zugestimmt.

Die Gemeinde Karlsfeld wäre zwar für eine Umstellung vorbereitet, sieht jedoch aufgrund noch verschiedener vom Bundesfinanzministerium ungeklärter Sachverhalte sowie der derzeit angespannten Personalsituation einen Verbleib im alten Recht als zielführend an.

Aufgrund der bereits oben genannten ungeklärten alten und neuen Rechtsanwendungsfragen sowie weiterer bisher ungeklärter Sachverhalte wird von der Verwaltung empfohlen, dass die Gemeinde Karlsfeld weiterhin bis zum 31.12.2026 im alten Recht bleibt. Eine Erklärung gegenüber dem Finanzamt ist nicht erforderlich.

Beschluss:

Die Gemeinde Karlsfeld bleibt weiterhin im alten Umsatzsteuerrecht bis zum 31.12.2026.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	26
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0

Frau Hofner ist bei der Abstimmung noch nicht anwesend.

EAPL-Nr.: 9220.21

Gemeinderat
12. Dezember 2024
Nr. 61/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Beschlussfassung über die 1. Änderung der Satzung zum Jugendrat der Gemeinde Karlsfeld (Jugendratssatzung - JRS)

Sachverhalt:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 26.11.2024 einen Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat gefasst, die 1. Änderung der Satzung zum Jugendrat der Gemeinde Karlsfeld (Jugendratssatzung – JRS), wie in der Anlage beigelegt, zu beschließen.

Die Anpassungen sind in der Anlage farblich hinterlegt.

Die Endfassung mit den eingearbeiteten Änderungen liegt der Beschlussvorlage ebenfalls bei.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die 1. Änderung der Satzung zum Jugendrat der Gemeinde Karlsfeld (Jugendratssatzung – JRS).

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	26
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0

Frau Hofner ist bei der Abstimmung noch nicht anwesend.

EAPL-Nr.: 0241.41

Gemeinderat
12. Dezember 2024
Nr. 62/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung einer Sprechstunde für Abwasser- und Niederschlagsentwässerung und Möglichkeiten zur Gebäudeertüchtigung (analog der Sprechstunde Energieberatung)

Sachverhalt:

Über den beigefügten Antrag wird in der Sitzung diskutiert und das weitere Vorgehen beschlossen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Antrag anzunehmen und im zuständigen Gremium zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	27
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	17

EAPL-Nr.: 0241.41

Gemeinderat
12. Dezember 2024
Nr. 63/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Neuerlass der Satzung über die Herstellung von Stellplätzen und Garagen für Kraftfahrzeuge und deren Ablöse sowie über die Herstellung und Bereithaltung von Abstellplätzen für Fahrräder Satzungsbeschluss

Sachverhalt:

Der bisher gültige Art. 81 Abs. Nr. 4 BayBO regelt, dass die Gemeinde im eigenen Wirkungskreis Satzungen erlassen kann - *über Zahl, Größe und Beschaffenheit der Stellplätze für Kraftfahrzeuge und der Abstellplätze für Fahrräder, einschließlich der Ausstattung mit Elektroladestationen, des Mehrbedarfs bei Änderungen und Nutzungsänderungen der Anlagen, der Berücksichtigung örtlicher Verkehrsinfrastruktur, der Anrechnung von Fahrradstellplätzen auf die Zahl notwendiger Stellplätze sowie die Ablösung der Herstellungspflicht und die Höhe der Ablösungsbeträge, die nach Art der Nutzung und Lage der Anlage unterschiedlich geregelt werden kann.*

Die derzeit gültige Satzung trat zum 01.01.2016 in Kraft.
Ein erster Entwurf für eine geänderte Stellplatzsatzung wurde bereits diskutiert

Aufgrund der anstehenden Änderung der BayBO mit der neuen Höchstgrenze für die Festlegung der Stellplätze wurde seitens der gemeindlichen Rechtsberatung empfohlen, die bestehenden Stellplatzsatzungen insoweit anzupassen, dass die Höchstgrenzen der GaStellV eingehalten werden, dynamischer Verweis darauf.

Im Modernisierungsgesetz ist zur BayBO ausgeführt, dass *...Satzungen, die auf Grundlage von Art. 81 Abs. 1 Nr. 4 in einer bis einschließlichgeltenden Fassung erlassen worden sind, gelten fort, wenn sie die in der Anlage zur Garagen – und Stellplatzverordnung festgelegten Höchstzahlen nicht überschreiten oder.....*

Im anhängenden Satzungsentwurf sind Änderungen rot und grün gekennzeichnet.

Aufgrund der Dringlichkeit erfolgte eine kurzfristige Vorberatung im Bauausschuss am 11.12.2024.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den vorgestellten Entwurf der Stellplatzsatzung als Satzung.
Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung entsprechend der Rechtslage des Inkrafttretens des ersten Modernisierungsgesetzes bekannt zu machen.
Die Satzung liegt der Niederschrift bei.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	27
Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	0

EAPL-Nr.: 6011.40; 0241.41

Gemeinderat
12. Dezember 2024
Nr. 64/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Bekanntgaben und Anfragen

A) Gespräch mit dem Bürger

Frau Leukhart äußert sich zum Thema Grundwasser. Sie ist der Ansicht, dass die Bürger die Berichte zum Thema Grundwasser erst lesen, wenn sie kurz vorher davon betroffen sind. Sie ergänzt, dass die Situation gut gemeistert wurde. Zudem stellt sie in Gesprächen mit Bürgern anderer Bundesländer immer wieder fest, wie gut die Fürsorge in Karlsfeld ist.

Gemeinderatssitzung
am 12.12.2024

Radtke
Schriftführerin

Kolbe
Erster Bürgermeister